

BRH-AKTUELL

Herausgeber: Seniorenverband BRH

- Bund der Ruhestandsbeamten, Rentner und Hinterbliebenen im DBB -

Tel.: **0 25 73-9 79 14 50**, Fax: **0 25 73-9 79 14 51**,

E-Mail: brh-aktuell@gmx.de , Postanschrift am Ende (auf Seite 4 unten)

V.i.S.d.P. Dr. Riedel

Nr. 18/2013

15.09.2013

- 01 Einkommensrunde der Länder 2013: Stand der Dinge
- 02 Selbstverständlich zahlen Beamte für ihrer Versorgung
- 03 Impfmethode gegen Krebs entwickelt
- 04 Ratgeber der Bundesregierung klärt Konsumenten über ihre Rechte auf
- 05 Baldige Erhöhung des Pflegebeitrages in Sicht
- 06 BAGSO-Internet-Sicherheitsbrief: „Ihre Fotos, Musik und Videos im Netz“
- 07 Erfahrungsbericht: Älterer Mensch trifft auf SEPA!
- 08 Lesermeinung zur Übertragung der Tarifergebnisse auf die Besoldung:
- 09 Mitmachen – Nicht meckern!

01 Einkommensrunde der Länder 2013: Stand der Dinge

Diese Tarif- und Besoldungsrunde geht alle an:

Tarifbeschäftigte – Beamte – Versorgungsempfänger - Rentner.

Der Kampf geht weiter! –

Altersversorgung eignet sich schlecht als Wahlkampfthema: Der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt hat davor gewarnt, eine neuerliche Neiddebatte um Beamtenpensionen in den Bundestagswahlkampf hineinzutragen. Die Altersversorgung sei eine ernste Angelegenheit, die sich nicht als hochgespieltes Wahlkampfthema eigne, sagte Dauderstädt. Der dbb Chef widersprach zugleich den Ankündigungen von SPD-Kanzlerkandidat Peer Steinbrück zu einer Begrenzung der Beamtenversorgung. „Bei dem Thema Pensionen hat sich der SPD-Kanzlerkandidat vergaloppiert“, so Dauderstädt. Vielleicht bereut Peer Steinbrück, das er beim TV-Duell mit Bundeskanzlerin Angela Merkel angekündigt hat, **künftig die Pensionen in ihrer Entwicklung an die gesetzliche Rentenversicherung zu koppeln**. Es ist aber fester Bestandteil der SPD-Politik, den auch andere SPD-Kandidaten geben ähnliche Auskunft. Z.B. Philipp Tacer in Düsseldorf: „Es seien keine Pensionskürzungen ge-

plant. Erhöhungen der Renten sollen wirkungsgleich übernommen werden.' **Also Pensionen nicht mehr an die Besoldung sondern an die Rente gekoppelt.**

Für Bündnis 90/Die Grünen gilt lt. Mona Neubaur: Es solle weiterhin einen attraktiven **öffentlichen Dienst geben, allerdings ohne Beamte**. Grüne wollen eine andere Republik.

Die Bürgerversicherung kann für die Bürger sehr teuer werden, sagen doch jetzt schon Ärzte, sie könnten die Krankenversorgung nur mit Hilfe ihrer Privatpatienten aufrecht erhalten. Der Gang zum Arzt wird bei einer Bürgerversicherung von einem ausufernden IGeL-System mit vielen privaten Zusatzversicherungen begleitet.

Nur gemeinsam sind wir stark für den ständigen Streit mit Politikern. Bleiben wir stets solidarisch!

Geh zur Wahl! - Misch dich ein! - Deine Stimme zählt!
“Wer uns quält, wird nicht gewählt!”

02 Selbstverständlich zahlen Beamte für ihrer Versorgung

Wenn eine Gruppe in unserer Gesellschaft sich an der finanziellen Ausgestaltung ihrer späteren Altersversorgung beteiligt, dann sind es entgegen allen anderslautenden Unkenrufen die Beamten. Im Besoldungsreformgesetz des Jahres 1957 ist festgeschrieben, dass die Grundgehälter der Beamten um sieben Prozent als Beitrag zur Versorgung gekürzt werden. In der amtlichen Begründung zum Bundesbeamtengesetz (Bundestagsdrucksache I/2846, S. 35) heißt es: „Die Beamtenbesoldung ist gerade mit Rücksicht auf die Versorgung niedrig gehalten.“ Das Bundesverwaltungsgericht (BVerwG) führt in seinem Urteil vom 29.06.1961 aus: „Auch der Nur-Beamte hat sich seine Versorgung durch seine Leistungen erdient, seine Bezüge während der aktiven Dienstzeit sind entsprechend niedriger und bleiben es gegebenenfalls auch während jener Dienstjahre, die sich nicht mehr pensionserhöhend auswirken.“ In seiner vielbeachteten Entscheidung in Sachen Rentenbesteuerung vom 06.03.2002 (AZ: 2 BvL 17/99) hat das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) erneut klargestellt: „Bei Beamten berücksichtigt der Dienstherr bei der Gehaltszahlung die von ihm zu tragenden Versorgungslasten.“

Quelle: Der BRH in NRW 03/44/2013

03 Impfmethode gegen Krebs entwickelt

Forschern des Paul-Ehrlich-Instituts ist es gelungen, eine Besonderheit von Krebszellen für einen gezielten immunologischen Angriff zu nutzen. Mit einem Impfstoff, der gegen endogene Retroviren gerichtet ist, gelang es, bei Mäusen das Fortschreiten des Tumorstadiums deutlich zu bremsen. Durch prophylaktische Impfung ließ sich sogar die Entstehung des Tumors verhindern.

Die Pressemitteilung des PEI mit weiteren Informationen finden Sie hier:

<http://www.pei.de/DE/infos/presse/pressemitteilungen/2013/06-relikte-aus-grauer-vorzeit-angriffspunkt-fuer-impfung-gegen-krebs.html>

04 Ratgeber der Bundesregierung klärt Konsumenten über ihre Rechte auf

Datum: 14.08.2013 - Verbraucher haben Rechte. Je besser sie über diese Bescheid wissen, desto besser können sie sie gegenüber der Anbieterseite durchsetzen. Eine kostenlose **Broschüre**

"Verbraucherschutz kompakt" der Bundesregierung hilft, indem sie aufklärt. Auf über 170 Seiten informiert sie über sämtliche Aspekte des Konsumentenschutzes.

Leserinnen und Leser erfahren im Ratgeber "Verbraucherschutz kompakt - Guter Rat in Alltagsfragen" zum Beispiel, worauf sie beim Kauf, bei der Auftragserteilung oder der Bestellung achten sollten. Wer mit Lebensmittelkennzeichen und Gütesiegeln etwas anfangen kann, kann sich manchen Fehlkauf ersparen.

Wann greifen beim Vertragsabschluss allgemeine Geschäftsbedingungen, welche Praktiken sind gesetzeswidrig und unter welchen Umständen kann man einen Vertrag eigentlich widerrufen? Antworten auf diese und weitere Fragen finden sich in einem eigenen Kapitel unter dem Titel "Kein Tag ohne Vertrag".

Ausführlich behandelt die Broschüre auch die Thematik "Geld und Geldanlage". Weiter gibt der Ratgeber Tipps zum richtigen Umgang mit Geld- und Kreditkarten und erklärt, was man zum Beispiel beim Verlust einer solchen beachten muss.

Der Ratgeber "Verbraucherschutz kompakt" geht auf Probleme bei Dienstleistungen genauso ein wie er das Thema Datenschutz im Internet und sicheres Onlinebanking behandelt. Er erklärt, wie man mit den richtigen Einstellungen der Software unliebsamen Überraschungen vorbeugt.

Die Broschüre "Verbraucherschutz kompakt - Guter Rat in Alltagsfragen" kann man sich auf dem Postweg zuschicken lassen:

<http://www.bundesregierung.de/Content/Infomaterial/BPA/Bestellservice/2013-08-13-ratgeber-verbraucherschutz-kompakt.html;jsessionid=A8C48B3F1F43ACD103378C9116693C17.s3t1?nn=694676>

Publikationsbestellung: Publikationsversand der Bundesregierung, Postfach 48 10 09, 18132 Rostock, Tel.: 030 18 272 272 1, Fax: 030 18 10 272 272 1,

oder als PDF direkt von der Website der Bundesregierung herunterladen:

http://www.bundesregierung.de/Content/Infomaterial/BPA/Bestellservice/2013-08-13-ratgeber-verbraucherschutz-kompakt.pdf;jsessionid=1D573E127B979020AD6B97977FDBCA29.s1t2?_blob=publicationFile&v=4

05 Baldige Erhöhung des Pflegebeitrages in Sicht

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel (CDU) hat in der ARD angekündigt, die Pflegebeiträge innerhalb der nächsten Legislaturperiode des Deutschen Bundestages anheben zu müssen. Die Regierungschefin wörtlich: „Wir wollen das schrittweise tun, denn wir werden mehr Pflegebedürftige haben und die Pflegeversicherung braucht mehr Geld, damit die Leistungen besser entlohnt werden können und sich die Bedingungen in der Pflege verbessern.“

Quelle: Der BRH in NRW 03/47/2013

05 Neuer BAGSO-Internet-Sicherheitsbrief: Thema „Ihre Fotos, Musik und Videos im Netz“

Fotos im Internet ansehen oder online Musik hören ist für viele ein beliebter Zeitvertreib im Netz. Über kostenlose Plattformen können Sie Ihre digitalen Bilder hochladen und beispielsweise mit Ihrer Familie oder Bekannten teilen. Der aktuelle Internet-Sicherheitsbrief bietet zentrale Punkte, worauf Sie bei der Nutzung der Daten achten sollten. Die aktuellen Ausgaben des Internet-Sicherheitsbriefs finden Sie unter:

http://www.bagso.de/fileadmin/Aktuell/InternetWoche/Internet-Sicherheitsbrief_04-2013.pdf

07 Erfahrungsbericht: Älterer Mensch trifft auf SEPA!

(Münster) Der neue „Einheitlicher Euro-Zahlungsverkehrsraum“ hat uns schon im Griff, Sepa - auf Englisch Single Euro Payments Area - ist im Bankwesen das Projekt eines europaweit einheitlichen Zahlungsraums für Transaktionen in Euro. Wie die neue Einrich-

tung für ältere Menschen daherkommt, berichtet ein Senior in einem ersten Erfahrungsbericht dem Seniorenverband BRH.

Es begann zunächst mit einem Aufatmen, denn den monströsen Überweisungsauftrag hatte der Zahlungsempfänger SEPA-gerecht vorbereitet. Also flugs zum Kreditinstitut und dort warteten dann die Überraschungen: Der erste Automat war defekt. Der zweite Automat war nicht kundenfreundlicher, denn der spuckte den Vordruck immer wieder unbearbeitet aus. Kein Problem: Die hilfsbereite Mitarbeiterin ging dem Senior gerne zur Hand. Der Erfolg aber blieb aus: Der Automat war noch nicht SEPA-gerecht eingerichtet! Jetzt griff man zur Notlösung: Der ältere Mensch wurde gebeten, in einen leeren Vordruck älterer Machart unter anderem die über zwanzig Daten in kleine Kästchen mit der Hand einzutragen. Für einen älteren Menschen ohne Brille und mit weniger ruhiger Hand fast kaum umsetzbar. Die Rettung kam in Form der hilfsbereiten Mitarbeiterin. Die anderen Kunden mussten warten. Am Ende klappte es dann doch.

So waren für den Senior die ersten Begegnungen mit SEPA sehr unerfreulich. Der Seniorenverband hat bei dem für die Region Mittelrhein zuständigen Europaabgeordneten Axel Voss angeklopft und an das Versprechen der problemlosen Nutzung erinnert. Die Stellungnahme steht noch aus. **Eine Übergangsfrist ermöglicht aber, dass die alten Kontonummern noch bis 2016 genutzt werden können.**

08 Lesermeinung zur Übertragung der Tarifergebnisse auf die Besoldung und Versorgung:

"Die Pensionskosten der Beamten hätten nicht zu der kritisierten "erdrückenden Last" führen müssen, wenn die Länder von Beginn an und nicht erst seit dem Jahre 1999 aufgrund der gesetzlichen Regelung des Bundes (§ 14 Bundesbesoldungsgesetz) ein Sondervermögen "Versorgungsrücklage" eingerichtet hätten. Es ist vorhersehbar, dass ein Beamter - je nach Laufbahngruppe - spätestens nach rund 40 bis 45 Jahren Dienstzeit in den Ruhestand versetzt wird und danach die Kosten für die Versorgungsbezüge auf das vom Beamten bediente Land oder die entsprechende Kommune zukommen. Für die zu jeder Zeit berechenbaren Kosten sind die notwendigen Rücklagen nicht gebildet worden; stattdessen ist das Geld anderweitig verausgabt worden. Hier haben die Länder wissentlich über ihre Verhältnisse gelebt.

Im Übrigen speist sich die Versorgungsrücklage hauptsächlich aus prozentualen Abschlägen bei linearen Erhöhungen der Besoldungs- und Versorgungsbezüge sowie seit dem Jahr 2003 zusätzlich aus der Hälfte der Einsparungen durch die schrittweise Absenkung des Versorgungsniveaus von 75 % auf 71,75 %.

Udo Kock, 40880 Ratingen

09 Mitmachen – Nicht meckern!

Beim „BRH-AKTUELL“ sollen Ihre Wünsche und Vorstellungen als BRH-Mitglied und nicht die Interessen von Gewerkschaftsfunktionären im Vordergrund stehen. Sie als Leser sollten mitgestalten. Schreiben Sie **Leserbriefe, von 5 bis 10 Zeilen, für den „BRH-AKTUELL“**. Schön wäre es, wenn Sie **Kontakt zu uns halten** und uns hin und wieder **mitteilen, wie zufrieden oder unzufrieden Sie mit uns sind**. Haben Sie z.B. **eigene Vorschläge?** Wir freuen uns über jegliche Art der Anregung und auch Kritik.

E-Mail: brh-aktuell@gmx.de

Postanschrift: BRH-aktuell, c/o Riedel, Dreiningfeldstr. 32, 48565 Steinfurt